**PRESSEMITTEILUNG**

**Gemeinsame Schritte gegen Stromtrasse**

„Wir freuen uns, dass Eisenach jetzt auch mit dabei ist und den Vertrag für einen gemeinsamen Rechtshilfebeistand unterzeichnet“, begrüßt Landrat Reinhard Krebs die in dieser Woche getroffene Entscheidung des Eisenacher Stadtrates. Dass der Bau der Stromtrasse Sued.Link durch Thüringen verhindert werden müsse, waren sich die betroffenen Gebietskörperschaften bereits Ende des vergangenen Jahres einig. Am 8. Dezember hatten sich auf Initiative von Landrat Krebs der Wartburgkreis und der Landkreis Schmalkalden-Meiningen sowie die Stadt Eisenach auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Am 25. Januar schlossen der Wartburgkreis und der Landkreis Schmalkalden-Meiningen einen Vertrag über die Beauftragung eines Anwaltsbüros. Nach dem sich nunmehr auch die Stadt Eisenach der Beauftragung Anwaltskanzlei angeschlossen hat, hofft der Landrat, dass auch der Unstrut-Hainichkreis und das Eichsfeld dem Beispiel Eisenachs folgen werden.

Damit der Strom aus Windkraftanlagen im Norden nach dem Atomausstieg auch im Süden genutzt werden kann, sollen nach Vorgaben der Bundesregierung neue Stromtrassen gebaut werden. Um deren Streckenführung des sogenannten Suedlinks ist in Bayern und Hessen seit Monaten ein Streit entbrannt. Nachdem die ursprünglich oberirdisch geplante Trasse nun in Form von Erdkabeln in einem rund 1000 Meter breiten Planungs-Korridor verlaufen soll, steht neuerdings neben den aktuellen Planungen für Westdeutschland auch eine Streckenführung über ehemals ostdeutsches Gebiet und damit auch durch den Wartburgkreis zur Debatte.